



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Volkspartei löst Verfassungsdebatte aus*

Das katalonische Autonomiestatut wird zwar erst am 2. November offiziell im spanischen Parlament beraten, doch von einer „Ruhe vor dem Sturm“ ist in der politischen Landschaft Spaniens nichts zu spüren. Nachdem der aus den eigenen Reihen unter Druck geratene Ministerpräsident Zapatero zugesichert hatte, die Reform verfassungskonform zu ändern, preschte die Volkspartei als erbitterter Reformgegner mit einem Antrag beim Ältestenrat des Abgeordnetenhauses vor, den Entwurf des Autonomiestatuts als Reform der spanischen Verfassung im nationalen Parlament zu behandeln. Mit diesem mehrheitlich dann von PSOE, CiU und ERC niedergeschmetterten Antrag will die PP demonstrieren, dass die Regionen, wenn es Regierung und Parlament in Madrid zulassen, die Staatsverfassung nach eigenem



Gutdünken verändern können. Entsprechend würde Zapatero für das Auseinanderbrechen der nationalen Einheit Spaniens verantwortlich gemacht werden können.

In die Diskussion griff auch Gabriel Cisneros (Foto), einer der Verfas-

sungsväter von 1978 und heute PP-Abgeordneter im Kongress, ein, indem er bemerkte, dass Kataloniens neue Verfassung den Geist der nationalen Einheit des spanischen Staates aushöhlen würde. Die Verfassung von 1978 sei eine Erfolgsgeschichte, denn sie habe das Land nach jahrzehntelanger Diktatur wieder geeint und durch eine gescheite Dezentralisierung die Identitäten der Regionen gesichert. Der Ausgleich zwischen Zentralregierung und Regionen sei seinerzeit nach intensiver Diskussion um die föderale Gestaltung Spaniens erzielt worden. Die jetzige Änderung zerstöre durch ihre separatistischen Interessen, als „eigene Nation“ anerkannt zu werden, die spanische Verfassung, betonte Cisneros.

Die nun von der PP ausgelöste Verfassungsdebatte soll zu einer Polarisierung der Bevölkerung führen. Zwar ist die öffentliche Meinung in dieser Sache gespalten, aber viele betrachteten die Autonomiereform als „David-gegen-Goliath-Problem“. Das kleine Katalonien gegen das übermächtige Madrid. Die Volkspartei will nun diese allgemeine Wahrnehmung verändern, indem sie zu verdeutlichen versucht, dass die nationale und territoriale Ein-

heit auf dem Spiel steht. So rief PP-Vorsitzender Mariano Rajoy die Bürger und Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen dazu auf, nicht zu schweigen, sondern ihre Meinung zum katalonischen Statut offen auszusprechen. Zapatero warf er vor, politische „Pirouetten zu drehen“. „Ihr leichtfertiges und unverantwortliches Verhalten ist bei einer solch wichtigen Entscheidung fehl am Platze“, rief er Zapatero im Parlament zu. Dieser gab sich hämisch und bezeichnete Rajoy als „Panikmacher“. „Das Statut wird verbessert und verabschiedet werden und Sie haben dann nichts dazu beigetragen“, entgegnete er Rajoy. Dieser ließ sich jedoch nicht aus der Fassung bringen. Er sei zuversichtlich, dass die Zeiten von Maragall und Zapatero zu Ende gingen. Dann könne auch der Gemeinschaftssinn in Spanien endlich wieder zurückkehren, so Rajoy. Egal wie das „Spektakel“ ausgeht, eines steht bereits jetzt schon fest. Die PP wird bei einer Verabschiedung des katalonischen Autonomiestatuts vor das Verfassungsgericht ziehen, nicht nur, um das Statut zu Fall zu bringen, sondern auch um den Respekt vor der spanischen Verfassung wiederherzustellen.

>> **Nepotismus löst Regierungskrise in Katalonien aus**

Katalonien kommt aus den Schlagzeilen nicht mehr heraus. Nicht nur dass Kataloniens Regionalpräsident

Pasqual Maragall (Foto) ganz Spanien mit der Reform des Autonomiestatuts in Atem hält. Nun versucht er auch, im Rahmen einer Kabinettsumbildung seinen eigenen Bruder, Ernest Maragall, zum neuen Hochschul-



minister zu machen. Dies sorgte für ziemliche

Aufregung in Politik, Medien und Öffentlichkeit. Über sein Vorhaben hatte Maragall lediglich seinen Koalitionspartner und Chef der linksnationalistischen ERC, Josep Lluís Carod-Rovira, informiert. Dieser hatte daraufhin die Information an die Presse durchsickern lassen. Die katalonischen Sozialisten reagierten empört auf die Nachricht und fühlten sich von Maragall übergangen. Während einer Sitzung der Parteispitze wurden angesichts der ohne Not provozierten Krise offene Zweifel geäußert, ob Maragall die geeignete Person wäre, den Prozess der Statutenreform weiterzuführen.

„Wenn wir ihn das Boot weiter steuern lassen, wird er uns in die Katastrophe führen“, so die harsche Kritik aus den eigenen Reihen. Der PP-Vorsitzende in Katalonien, Josep Piqué (Foto), warf Maragall vor, „psychologisch abhängig“ von Carod-Rovira zu sein und keine eigene Autorität zu besitzen. Maragall sah sich dadurch in die Ecke gedrängt, beharrte aber weiter darauf, die alleinige Kompetenz zur Kabinettsumbildung zu besitzen. Gleichzeitig gab er aber seinen Kritikern nach und verschob



ragall vor, „psychologisch abhängig“ von Carod-Rovira zu sein und keine eigene Autorität zu besitzen. Maragall sah sich dadurch in

die Ecke gedrängt, beharrte aber weiter darauf, die alleinige Kompetenz zur Kabinettsumbildung zu besitzen. Gleichzeitig gab er aber seinen Kritikern nach und verschob

die Kabinettsumbildung auf unbestimmte Zeit. Die PSC hält personelle Änderungen in der Regionalregierung für dringend notwendig, ist allerdings der Ansicht, dass der Zeitpunkt angesichts der Diskussion um das Statut gänzlich unpassend gewählt wurde. Im katalonischen Parlament warnte Carod-Rovira, wenn Maragall ohne Absprache ERC-Minister austauschen würde, gleiche dies einem Bruch des Koalitionsvertrages. Die Oppositionsparteien nutzten die Steilvorlage Maragalls indes für einen Rundumschlag. CiU-Vorsitzender Artur Mas verlangte angesichts der Auflösungserscheinungen der Regierung vorgezogene Neuwahlen. PP-Chef Piqué forderte Maragall zum sofortigen Rücktritt auf.

>> Zapateros Menschenrechtspolitik auf dem Prüfstand

Der außenpolitische Sprecher der PP-Fraktion, [Gustavo de Aristegui](#)



(Foto), warf der Regierung fehlendes Engagement bei der Verteidigung der Menschenrechte vor. Während der Fragestunde im Parlament fragte er Außenminister Miguel Ángel Moratinos, ob er die Menschenrechte für einen universellen Wert halte, der von jeder Regierung eingefordert werden könne. Moratinos bejahte dies und bezeichnete die Menschenrechte als eine Priorität seiner Außenpolitik. Die Regierung verfolge eine globale

Strategie zu ihrer Verteidigung. Im darauf folgenden Wortgefecht warf Aristegui der Regierung Zapatero vor, weder in Marokko noch beim Castro-Regime auf Kuba auf die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen. Eine Reaktion durch die Regierung blieb daraufhin aus.

>> Neue Belastungsprobe im Verhältnis zwischen Spanien und USA

Das Oberste Strafgericht Spaniens, die „Audiencia Nacional“, hat einen internationalen Haftbefehl gegen drei amerikanische Soldaten erlassen. Diese sollen während des Irakkrieges im April 2003 den Kameramann des spanischen Fernsehsenders „Telecinco“, José Couso, und einen ukrainischen Kollegen der Nachrichtenagentur Reuters getötet haben. Der zuständige Richter Santiago Pedraz sagte, angesichts der nicht vorhandenen Kooperationsbereitschaft amerikanischer Behörden sei der Haftbefehl die einzige Möglichkeit, Zugriff auf die Männer zu erhalten. Seinen Angaben zufolge hatte er sogar den Vereinigten Staaten angeboten, in die USA zu reisen, um die Männer zu befragen. Staatsanwalt Pedro Rubira kritisierte dagegen die Entscheidung von Pedraz scharf und bezeichnete sie als „unnormale Vorgehensweise“. Er habe Zweifel, ob die spanische Justiz überhaupt die nötigen Kompetenzen besitze, um diesen Fall zu behandeln. Darüber müsse zunächst ein Gericht entscheiden, sagte Rubira. Auch

der Generalstaatsanwalt Cándido Conde-Pumpido unterstützte die Einwände und hielt die Forderung der Auslieferung für „juristisch fraglich“.

Die Familie des Opfers begrüßte die Entscheidung des Richters. Ein Bruder sagte, die Justiz habe damit endlich ihre Pflicht erfüllt. Trotz allem ist die Zuversicht eher gering, dass die USA die drei Männer wirklich ausliefern werden. Ein Sprecher des Pentagon kommentierte, dass die Behörden den Fall bereits ausführlich untersucht und dabei kein fehlerhaftes oder fahrlässiges Verhalten festgestellt hätten. Der Einsatz von Gewalt sei in diesem Moment gerechtfertigt gewesen. Der US-Botschafter in Madrid Eduardo Aguirre (Foto) sagte diplomatisch zu dem Vorfall, man respektiere die Unabhängigkeit der spanischen Justiz. Der Fall werde nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen der beiden Länder beitragen. Weiterhin betonte er, dass die amerikanischen Behörden immer zur Zusammenarbeit mit Spanien bereit gewesen wären.



>> AVT beklagt Haftvergünstigungen für ETA-Häftlinge



Der Verband der Terroropfer in Spanien (AVT) hat beim spanischen Strafgericht offiziell Anzeige gegen unbekannt wegen Unregelmäßig-

keiten im Zusammenhang mit der Inhaftierung von ETA-Häftlingen erstattet. Inhaftierte Terroristen hätten in der Vergangenheit Strafvergünstigungen und –erlasse erhalten, weil sie Studien an der Universität des Baskenlandes abgelegt hatten. Berichten zufolge soll es dabei in insgesamt 47 behandelten Fällen zu erheblichen Fälschungen gekommen sein. Offenbar wurden Nummern von Studentenausweisen gefälscht und Abschlüsse in Fächern bescheinigt, die im Lehrangebot gar nicht existierten.

Erst zwei Tage zuvor hatte der Verband seinen so genannten „Konvoi gegen das Vergessen“ beendet, welcher die Bürger in ganz Spanien an die Opfer des ETA-Terrorismus erinnern sollte. Die ETA selbst scheint sich indes nicht, wie in letzter Zeit von der Regierung ins Gespräch gebracht, mit einem Waffenstillstand zu beschäftigen. Die internationale Ermittlungsbehörde Interpol wies in der vergangenen Woche auf mögliche Aktivitäten der Bande auf dem Balkan hin. Nach Meldungen der konservativen Tageszeitung La Razón ist die ETA dabei, ihr Waffenarsenal durch Ankäufe auf dem kroatischen Schwarzmarkt zu erneuern. Auch von Verbindungen zur italienischen Mafia wird ausgegangen. 2004 war es der spanischen Polizei gelungen, den logistischen Apparat der ETA auszuhebeln. Schon 1998 hatte die ETA einen Waffenstillstand genutzt, um sich aufzurüsten und auf neue Anschläge vorzubereiten.

>> Haushaltsdebatte in Portugal



Am 17. Oktober wurde im [portugiesischen Parlament](#) der Haushaltsvorschlag der sozialistischen Regierung von Ministerpräsident José Socrates offiziell eingebracht. Der Entwurf sieht angesichts der beunruhigenden Haushaltslage drastische Kürzungen für das nächste Jahr vor. Finanzminister Fernando Teixeira dos Santos sagte, der Haushalt sei „realistisch“, um die Defizitquote, zurzeit rund 6,8 Prozent, zu senken. Das Staatsdefizit soll um insgesamt 2 Mrd. Euro auf 4,8 Prozent des BIP verringert werden. Unter anderem wird der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer von 40 auf 42 Prozent angehoben. Massive Kosteneinsparungen sollen vor allem bei den Beamten und den sozialen Leistungen des Staates erzielt werden. Auch die Privatisierung im Energiesektor soll weiter vorangetrieben werden. Von Verkäufen von Unternehmensanteilen verspricht sich die Regierung weitere 1,5 Mrd. Euro an Einnahmen. Trotz der positiven Voraussagen beim Wirtschaftswachstum, das bei rund 1,1 Prozent bleiben soll, machen sich die Probleme beim öffentlichen Konsum deutlich bemerkbar. Statt des eigentlich vorgesehenen Wachstums von 0,3 Prozent, wird dieser nun voraussichtlich um 1,3 Prozent fallen.

>> Cavaco Silva kündigt Präsidentschaftskandidatur an

Nur wenige Tage nach dem Sieg seiner Partei PSD bei den landesweiten Kommunalwahlen gab erwartungsgemäß Anibal Cavaco da



Silva (Foto) seine offizielle Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2006 bekannt. Der erfahrene Politiker und Wirtschaftsexperte war bereits zwischen 1995 und 1998 Ministerpräsident. Umfragen sehen Cavaco da Silva im Moment klar vorne. Er wäre damit der erste Konservative seit der Nelkenrevolution 1974, der in das Präsidentialamt, den Belem-Palast, einzieht. Die Linksparteien warten mit drei Kandidaten auf, darunter der ehemalige Präsident Mário Soares und der bekannte Dichter Manuel Alegre, die sich gegenseitig die Stimmen wegnehmen.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Matthias Vogl
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Paseo de la Castellana 167
28046 Madrid, España
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana